Kantonsratsbeschluss über das Entlastungsprogramm 2013

Antrag vom 24. Juni 2013

SP-GRÜ-Fraktion (Sprecher: Maurer-Altstätten)

Nr.	Massnahme
-----	-----------

E19	Departement des Innern, LB 3.09 (Angebot für erwachsene Menschen mit Behinderung sicherstellen)
-----	--

Einsparungen bei St.Galler Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung mit überdurchschnittlichen Kosten

Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, das ordentliche Verfahren zur Ermittlung transparenter Qualitäts- und Kostengrundlagen wie vorgesehen (BehG Art.18, BehV Art. 28) mit den betroffenen Verbänden bis zum 1. Januar 2017 umzusetzen und ein allfälliges Sparpotential gestützt auf dieser Grundlagen zu übermitteln.

Begründung:

Das unabhängige Wirtschaftsinstitut BAK Basel hat 2012 in einer Studie für die Regierung des Kantons St.Gallen zur Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen von Menschen mit Behinderung festgestellt, dass diese im interkantonalen Vergleich kostengünstig arbeiten. Die Regierung hat deshalb im Rahmen des Entlastungsprogramms 2012 beschlossen, auf Sparmassnahmen zu verzichten.

Der Kantonsrat hat im Juni 2012 grossmehrheitlich das Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung (BehG) mit einem neuen Finanzierungskonzept verabschiedet. Dabei wurde explizit von einer Übergangsfrist von vier Jahren ausgegangen. Zurzeit gibt es keine gesicherten Kennzahlen, um den Spareffekt der Festsetzung der Höchstansätze der Leistungsabgeltung festlegen zu können, da das Konzept erst umgesetzt werden muss.

Die Institutionen für Menschen mit Behinderung des Kantons St.Gallen arbeiten im interkantonalen Vergleich kostengünstig. Eine vorzeitige Kürzung der kantonalen Beiträge stellt einen Eingriff in die Rechtssicherheit und einen Bruch des begründeten Vertrauens dar. Sie erscheint zudem als willkürlich, da keine gesicherten Kennzahlen zur Beurteilung der Kostensituation in den einzelnen Institutionen vorliegen.